

**Die Entstehung der Westukrainischen Volksrepublik
Nationalstaatlichkeit im Spannungsfeld eines multiethnischen Raumes**

Schriftliche Hausarbeit
zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts
der Fakultät für Geschichtswissenschaft
an der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt
von
Markus Albuschat
aus Bochum

Bochum, im August 2016

1. Gutachter: Dr. Andrzej Michalczyk
2. Gutachter: PD Dr. Marc Junge

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung	1
2. Die Entwicklung der Westukrainischen Volksrepublik	2
2.I. Vom Kronland zum unabhängigen Staat	2
2.II. Eine Nation, verschiedenen Imaginationen – die westukrainische Nationalbewe- gung	11
2.II.a Die Westukraine verortet sich selbst.....	11
2.II.b Verhältnis zur Ostukraine	11
3. Der Nationalstaat aus dem Vielvölkerreich – über Umgang und Verhältnis der ZUNR zu anderen Nationalitäten	14
3.I. Polen – politische Schwergewichte der Städte.....	14
3.II. Juden – Nationalität und Neutralität im ukrainisch-polnischen Konflikt	15
3.III. Deutsche – Minorität an der Seite der Ukrainer	17
4. Fazit	22
5. Quellenverzeichnis	22
6. Literaturverzeichnis	22
7. Versicherung.....	22

1. Einleitung

Eine Nation, zwei Staaten – dieses selten auftretende Phänomen ist zumeist das Ergebnis grundverschiedener Vorstellungen staatsbildender Elemente. Einer, in einem solchem Fall von paralleler Nationalstaatsbildung entstandener Staat, ist der Gegenstand dieser Arbeit: die Westukrainische Volksrepublik (Zachidno-Ukrajins´ka Narodna Respublika – ZUNR). Dieser, nach dem ersten Weltkrieg, auf dem Territorium des österreichisch-ungarischen Kronlands Galizien, entstandene Staat erregt vor allem dadurch das Interesse, weil er die zweite ukrainische Staatsgründung des Jahres 1918 war. Östlich schloss er direkt an die Ukrainische Volksrepublik (Ukrajins´ka Narodna Respublika – UNR) an, die sich zu Beginn des Jahres 1918 gebildet hatte. Eine Vereinigung beider Staatsgebilde zu einem gemeinsamen Nationalstaat, war allerdings nicht das erklärte Ziel der jungen Republiken. Darum muss danach gefragt werden, welche unterschiedlichen Vorstellungen ukrainischer Staatlichkeit bei den Funktionsträgern des Gründungsvorgangs vorhanden waren und wie sie dann, in einer zweiten Phase des Nationsbildungsprozesses, in die Wirklichkeit übertragen wurden. Dabei sollen vor allem Kontinuitäten, aber auch Widersprüche und Probleme beleuchtet werden.

Der zweite Teil der Betrachtung widmet sich der Frage wie im neu entstandenen westukrainischen Staat das Verhältnis zu nationalen Minderheiten gestaltet wurde, da diese zumeist in lokalen Einheiten organisiert und nur lose staatlichen Strukturen untergeordnet waren.¹ Dementsprechend wird die These formuliert, dass versucht wurde die Inklusion der ukrainischen Nation in einen Staat ohne die Exklusion der anderen Nationalitäten in seinem Herrschaftsgebiet, voranzutreiben. Dafür werden drei Gruppen in den Blick genommen. Zum einen die polnische Bevölkerung, die vorrangig in den Städten präsent war und ihren Einfluss dort nicht nur durch ihren großen prozentualen Anteil, sondern auch als Träger der habsburgischen Administration generierte. Das ukrainisch-polnischen Verhältnis besaß auch deshalb eine besondere Brisanz, weil beide Seiten das Gebiet Ostgaliziens als Teil eines neu entstehenden polnischen bzw. ukrainischen Nationalstaates sahen. Die zweite bedeutende nationale Minderheitengruppe der Juden besaß diesen Anspruch

¹ Ernest Gellner: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 24.

nicht. Allerdings verstand sie sich als eigene Nationalität, die sich einer ausgeprägten Assimilation widersetzte, wenn auch einige polophile Tendenzen vorhanden waren. Auch sie stellten in den Städten einen bedeutenden Bevölkerungsanteil, während sie im ländlichen Raum unterrepräsentiert waren. Die dritte Gruppe, die zur Erörterung dieser Fragestellung herangezogen wird, ist die der Deutschen. Sie stellte eine, zumeist in eigenen Dörfern lebende, Minderheit dar, die aber auch in den großen Städten Galiziens verwurzelt war. Auch für sie war der Identitätserhalt als „Deutsche in der Fremde“ ein zentraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens, zumal man eine marginale Gruppe im Verhältnis zu Ukrainern, Polen und Juden bildete. Anhand dieser drei Gruppen soll untersucht werden, wie die Eliten der ZUNR das Profil des eigenen Nationsbildungsprozesses, während der Entstehung des Staates schärften und inwieweit dabei versucht wurde andere nationale Identitäten auszuschließen, mit ihnen zu kooperieren, oder sie zu assimilieren.

Die Phase am Ende und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ist in Forschungsbeiträgen rund um den Raum Galizien selten betrachtet worden. Zwar gibt es für die Entstehung der ukrainischen nationalen Identität in der Westukraine eine fundierte Literaturgrundlage, allerdings enden diese Darstellungen überwiegend mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges.² Zentral für die Untersuchung der ZUNR ist die Dissertationsschrift von Torsten Wehrhahn³, die aufgrund des Mangels an Literatur, ausgesprochen quellenbasiert vorgeht.⁴ Aus weiteren Darstellungen, die den Themenbereich⁵ tangieren, sind ebenso erhellende Eindrücke zu gewinnen, wie aus Quellen, die in Form

² Vgl. dazu Kai Struve: Bauern und Nation in Ostmitteleuropa. Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: Ulrike von Hirschhausen, Jörn Leonhard (Hgg.): Nationalismen in Europa. West und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 347-371 [Im Folgenden zitiert als: Struve: Bauern und Nation] u. John-Paul Himka: Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century, Basingstoke u.a. 1988.

³ Torsten, Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 2004 [Im Folgenden zitiert als: Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik].

⁴ Rudolf A. Mark: Rezension von: Torsten Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin: Weißensee-Verlag 2005, in: sehepunkte 6 (2006), Nr. 2 [15.02.2006], URL: <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2006/02/10367.html>> (01.08.2016).

⁵ Als Beispiel dafür kann Benjamin Conrad: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918-1923 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 84), Stuttgart 2014 [Im Folgenden zitiert als: Conrad: Umkämpfte Grenzen] genannt werden.

von Zeitungsartikeln und Briefen im Heimatarchiv der Galiziendeutschen aufzufinden sind.⁶

Die Wirkmächtigkeit und Bedeutung der Westukrainischen Volksrepublik zeigt sich bis in die heutige Zeit. So lässt sich der auch heute noch häufig behauptete Dualismus zwischen Ost- und Westukraine bereits in der doppelten Staatsbildung zu Anfang des 20. Jahrhunderts wiederfinden. In der heutigen Ukraine, als geeinter Staat beider Gebiete, hat das Narrativ des, über das Habsburgerreich, in Europa verwurzelten ukrainischen Staates stark an Bedeutung gewonnen. Ebenso wird es zur Identitätsbildung in bewusster Abgrenzung zur sowjetischen Vergangenheit bemüht.⁷

2. Die Entwicklung der Westukrainischen Volksrepublik

Die Geschichte der ZUNR in ihrer Staatlichkeit beschränkt sich auf einen Zeitraum von rund neun Monaten zwischen Jahren 1918 und 1919. Um allerdings die verschiedenen Meinungen und Strömungen innerhalb der Gruppen, die Träger der nationalen Idee waren, kontextgerecht darstellen zu können, wird auch die Zeit vor und nach ihrer Existenz betrachtet. Zunächst erfolgt allerdings ein chronologischer Überblick der Ereignisse in Ostgalizien, vom Aufkommen erster Ideen eines westukrainischen Staates bis zu seinem Ende und der Flucht der staatstragenden Eliten ins Exil. Damit wird die Informationsgrundlage für die nachfolgende Analyse der verschiedenen Positionen und Überzeugungen innerhalb der westukrainischen Nationalbewegung geschaffen.

⁶ Weiterführende Informationen sind unter <http://www.galizien-deutsche.de/genealogie-und-ortsplaene/das-galiziendeutsche-archiv.htm> (01.08.2016) zu finden.

⁷ Rudolf A. Mark: Revolution und Nationsbildung. Die Ukrainische Volksrepublik 1917-1921, in: Andreas Kappler (Hg.): Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, Köln u.a. 2011, S. 296.

2.I. Vom Kronland zum unabhängigen Staat

In institutioneller Hinsicht stellt die Gründung des ukrainischen Hauptrats (Holovna Ukraïns'ka Rada – HURada) am 1. August 1914 in Lemberg den frühesten Hinweis auf eine beginnende westukrainische Staatenbildung dar. Damit schuf sich die ukrainische Nationalbewegung im habsburgischen Ostgalizien ein zentrales Organ, das ihre Forderungen vertrat. Dabei wurde vor allem politische Ziele innerhalb der Habsburgermonarchie verfolgt, wie etwa die Schaffung ukrainischer Einheiten im k.u.k. Heer.⁸ Ferner versuchte die HURada ein Gegengewicht zum immensen polnischen Einfluss in Galizien zu bilden.⁹ Diese Konkurrenz drückte sich in zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Gruppierungen aus, die von der österreichisch-ungarischen Führung mit Sorge betrachtet wurden. Des Weiteren wurde versucht die beiden Seiten gegeneinander auszuspielen um die Situation zum eigenen Vorteil zu nutzen.¹⁰

Einen Schub erhielt die ukrainische Nationalbewegung durch den Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918. Durch ihn eröffnete sich die Chance für eine ukrainische Nationalstaatsbildung. Diese wurde zwar zuerst auf dem Gebiet der Ostukraine durch die UNR realisiert, doch auch innerhalb des Habsburgerreichs entstanden neue Aktionsräume für die ukrainischen Interessen. So gab es am 8. Februar 1918 die geheime Zusicherung seitens Österreich-Ungarns, gegen Getreidelieferungen bis zum 20. Juli ein ukrainisches Kronland einzurichten.¹¹ Diese Zusage wurde aber offensichtlich unter durch den Krieg verschärften Bedingungen getroffen, da die Donaumonarchie dringend Vorräte benötigte. Am zunehmenden Autonomiestreben der ukrainischen Volksgruppe hatte man hingegen wenig Interesse. So verwundert es auch nicht, dass dieses Abkommen nicht umgesetzt wurde und kein ukrainisches Kronland im Verbund der Habsburgermonarchie geschaffen

⁸ Als ukrainische Einheit wurden die Sitsch-Schützen gebildet. Sie wurden zwar vom Habsburgern wie Peter Freiherr von Hofmann und Wilhelm Franz von Habsburg-Lothringen kommandiert, stellten aber später den Kern des westukrainischen Militärs dar. Begünstigt wurde dieser Umstand auch durch Wilhelms freundliche Haltung einem ukrainischen Staat gegenüber, da er sich selbst als Thronaspirant sah.

⁹ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 41-42.

¹⁰ Ebd., S. 67-71.

¹¹ Ebd., S. 72.

wurde. Zugleich kam dieser Schritt – trotz seiner geheimen Natur – der offiziellen Anerkennung der ukrainischen Nation gleich. Auch damit wurde wohl seitens Österreich-Ungarns versucht den polnischen Einfluss in der Region zurück zu drängen.¹² Dieser Schritt wurde von der habsburgischen Seite als gefahrlos wahrgenommen, da die Ukrainer schlicht zu unterentwickelt für eine effektive Nations- und Staatsbildung galten. Deswegen seien sie das geeignete Mittel die potenteren Polen in Schach zu halten.¹³

Das diese Wahrnehmung der Ukrainer falsch war offenbarte sich am 19. Oktober 1918, als sich in Lemberg die *Ukrajins'ka Nacional'na Rada* (UNRada) bildete und zugleich ihre ersten, auf der konstituierenden Versammlung am Vortag gefassten, Beschlüsse verkündet wurden. Diesen entsprechend wurde ein ukrainischer Staat auf dem Gebiet Ostgaliziens, der Bukowina und der ungarischen Ukraine proklamiert. Legitimiert sahen sich die Vertreter der Versammlung durch das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918¹⁴, die unklare Situation in der Ostukraine, in der ein Aufstand gegen Skoropads'kyj drohte und die weiter gewachsene „Bedrohung“ durch die Polen, angesichts der zunehmenden Schwäche Österreich-Ungarns.¹⁵ Doch auch mit diesem Schritt wendete man sich nicht von der Habsburgermonarchie ab. Vielmehr wollte man weiterhin Teil des Vielvölkerreichs bleiben, zumal sich die politischen Entscheidungsträger durch eine große Loyalität gegenüber der Monarchie auszeichneten. Der Impuls zur Proklamation ging vor allem davon aus, dass gefürchtet wurde, die Angliederung ganz Galiziens an Polen stände unmittelbar bevor. Dadurch wäre der Verbleib innerhalb des Habsburgerreichs stark in Frage gestellt worden, weshalb die Entscheidung zum raschen Handeln fiel.¹⁶

Das Vorpreschen der UNRada ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die westukrainischen Nationalisten zwar durch eine große Dynastietreue auszeichneten, in der Administration vor Ort allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die staatstragende Funktion in Galizien wurde primär von

¹² Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 72.

¹³ Ebd., S. 86-88.

¹⁴ Deutsches Volksblatt für Galizien, 24. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 43.

¹⁵ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 114. u. Andreas Kappeler: Geschichte der Ukraine, 4. Aufl., München u. Bonn 2014 [Im Folgenden zitiert als: Kappeler: Ukraine], S. 174.

¹⁶ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 86-90.

polnischen Beamten erfüllt. Nun wollte man von ukrainischer Seite Nägel mit Köpfen machen und zum einen den polnischen Einfluss zurückdrängen und zum anderen den eigenen Einfluss in der Verwaltung und in Wien ausbauen.¹⁷ Um diese Stärkung der eigenen Position erreichen zu können benötigten die politischen Eliten die Unterstützung der auf dem Land und in kleineren Städten lebenden Bevölkerung, da ihre Vertreter in Lemberg in der Minderzahl waren. Gerade dieses Defizit sollte sich in der Folgezeit als schwerwiegend erweisen, war Lemberg doch das administrative, politische und infrastrukturelle Zentrum Ostgaliziens. Dieser Nachteil hätte nur mit Hilfe der Bevölkerung des Umlandes, primär der bäuerlichen, ausgeglichen werden können. Zu diesem Zweck hatte das Nationalkomitee zwischen dem 15. und 22. September 1918 in allen größeren Orten Ostgaliziens über die aktuelle politische Lage und die Arbeit des Komitees und der Ukrajins'ka Parlamentarna Rezentacija (UPR) informiert. Damit wurde versucht die ukrainische nationale Idee auf die lokale Ebene zu bringen, wobei gleichzeitig die Angst vor einer drohenden polnischen Herrschaft geschürt wurde.¹⁸

In dieser frühen Phase des Aufstandes spielten die westukrainischen Nationalisten allerdings ein doppeltes Spiel. Zum einen hoffierten sie die UNR, um vom östlichen Brudernationalstaat Unterstützung zu erhalten. Da dieser aber selber ausgesprochen schwach war und in seiner langfristigen Existenz bedroht sah, hielt man im Westen die Verbindung zum Habsburgerreich offen. Das lag zum einen an der bereits genannten dynastischen Treue, zum anderen an der Hoffnung, trotz der akuten Schwäche des Vielvölkerreichs, in ihm einen Führsprecher zu finden.¹⁹ Zu diesem Taktieren passt auch, dass die ukrainische Volksrepublik zwar am 20. Oktober 1918 öffentlich in Lemberg proklamiert wurde, aber keinesfalls eine direkte Übernahme der offiziellen Stellen stattfand oder eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen wurden.²⁰ Die Situation mutet noch paradoxer an, wenn bedacht wird, dass erst zu diesem Zeitpunkt nennenswerte Anstrengungen unternommen wurden um ukrainische Streitkräfte aufzustellen. Mit Ausnahme der Sitsch-Schützen waren zuvor keine spezifisch ukrainischen Truppen aus Ostgalizien

¹⁷ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 110.

¹⁸ Ebd., S. 111.

¹⁹ Ebd., S. 114-115.

²⁰ Ebd., S. 115-118.

aufgestellt worden. Zwar fanden sich in den Einheiten die von der k.u.k. Armee regulär in der Region, und vor allem in Lemberg, stationiert worden waren auch Soldaten, die aus der Westukraine stammten. Diese waren aber nicht zentral organisiert, weshalb eine effiziente Machtübernahme mit ihrer Hilfe nicht möglich war.²¹ Zugleich verhandelte die UNRada mit der österreichischen Regierung über die Übernahme der Administration. Daran zeigt sich zum einen, wie groß der Machtverlust Österreich-Ungarns war, da man nicht fähig war den offenen Aufstand einzudämmen. Zum anderen musste die ukrainische Seite sehr zögerlich vorgehen, da ihre Ressourcen begrenzt waren. Diese Verhandlungen sind nicht nur deshalb paradox, weil sich das Habsburgerreich im Auflösen befand. Die Verwaltung Galiziens war im Wesentlichen mit polnischen Beamten besetzt, weshalb es umso verwunderlicher ist, dass die UNRada Anstrengungen unternahm, sie zu übernehmen. Andere Argumente als die weiterhin bestehende Treue Österreich-Ungarn gegenüber, sowie eine gewisse Überforderung im Anbetracht der nun zu organisierenden Administration sind für dieses Vorgehen kaum zu finden.²²

Bei diesem zögerlichen Verhalten verwundert es nicht, dass seitens der Ukrainer der Plan gefasst wurde eine eigene parallele Verwaltung, zu der bestehenden, aufzubauen²³. Damit sollte eine langsame und sukzessive Machtübernahme vollzogen werden. Dieses Vorgehen hätte der UNRada womöglich die Zeit eingebracht, die sie benötigt hätte um die Mittel für einen solchen Verwaltungsapparat zu akquirieren. Es zeigt sich deutlich, dass die Idee der ukrainischen Nation zwar Gedankenträger besaß, die ihr eine Öffentlichkeit schaffen könnten. Gleichzeitig waren die Vertreter dieser Idee nicht mit den Kapazitäten ausgestattet ein effizientes *nationbuilding* zu betreiben. Es gelang also kaum, den für sich in Anspruch genommenen Raum unter die eigene Kontrolle zu bringen. Zwar gab es gebildete Eliten, von denen die nationale Idee kommuniziert wurde, sie konnten sich dabei allerdings nicht auf eine breite, und vor allem nicht auf eine aktive, Basis an Unterstützern in der städtischen wie auch der ländlichen Bevölkerung verlassen. Vor allem auf

²¹ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 116.

²² Ebd., S. 118.

²³ Gleichwohl hatte die alte Verwaltung des Habsburgerreichs auch unter ukrainischer Kontrolle gestanden. Ziel war es wohl vor allem die bestehenden Strukturen, solange man sie benötigte, nachzunutzen, da man die eigenen Defizite bei der faktischen Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs erkannt hatte.

diese Defizite in Bezug auf die ländliche Bevölkerung soll an späterer Stelle noch eingegangen werden.

Der eingeschlagene Weg einer sanften Übernahme des ostgalizischen Gebiets scheidet jedoch vor allem an der Person des habsburgischen Statthalters Huyn. Trotz zweimaliger Aufforderung, am 29. sowie am 31. Oktober 1918, durch die UNRada ihr die Macht offiziell zu übertragen, lehnt er dies ab. Dabei berief er sich darauf, die drohende Zuspitzung des Konflikts zwischen Polen und Ukrainer verhindern zu wollen, womit er sogar Anweisungen aus Wien ignorierte. Dort hatten Vertreter der UNRada nach der ersten Weigerung Huyns interveniert und von der Regierung die Kontrolle über Lemberg und Ostgalizien zugesagt bekommen.²⁴

Dadurch, dass die Übernahme der Verwaltung nicht wie erhofft vorstatten gehen konnten, gerieten die ukrainischen Nationalisten in Zugzwang, da befürchtet wurde, dass eine Machtübernahme in Galizien durch die Polka Komisja Likwidacyjna unmittelbar bevorstehe.²⁵ Deshalb wurde beschlossen in der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November 1918 die Kontrolle in Lemberg zu übernehmen, das durch seine zentrale Lage und politische Bedeutung für Galizien essenziell war.²⁶ Konkret standen den Westukrainern nur ca. 1400 Soldaten und 60 Offiziere zur Verfügung, die durch das zuvor eingerichtete Kommando für die Ukrainer im k.u.k. Heer kontrolliert wurden.²⁷ An dieser Stelle ist ein Umstand besonders bemerkenswert: Die Vertreter der westukrainischen Idee benötigten annähernd zwei Wochen um tatsächlich zur Tat zu schreiten. Dazu wurden sie augenscheinlich auch nur deshalb genötigt, weil ihre Position mit der Machtübernahme ihrer polnischen Widersacher aussichtslos geworden wäre und die Idee der Schaffung eines westukrainischen Staates hätte begraben werden müssen.

Der Erfolg des nächtlichen Aufstands ist vor allem dadurch zu erklären, dass die österreichische Seite nicht das Potential für eine solche Aktion in den Reihen der Ukrainer vermutete. Das Überraschungsmoment war also auf Seiten der Putschisten, weshalb es ihnen binnen kurzer Zeit gelang neutralistische Punkte in der Stadt zu besetzen. Allerdings war die ukrainische

²⁴ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 121-122.

²⁵ Ebd., S. 122.

²⁶ Ebd., S. 122.

²⁷ Ebd., S. 120.

Truppenstärke zu gering um eine Stadt in den Dimensionen Lembergs und alle ihre wichtigen Einrichtungen mit der ausreichenden Zahl an Truppen zu sichern.²⁸ Die neuen Machthaber der Stadt schienen sich allerdings ihrer fragilen Lage bewusst zu sein, da parallel zum militärischen Versuch das Gewaltmonopol zu erringen, die Legitimation des eigenen Handelns, und damit die des neu geschaffenen Nationalstaates, in den Vordergrund gerückt wurde.

Zur Legitimierung ihrer Handlungen verfolgten sie verschiedene Ansätze. So war ein wichtiger Vorgang, nun endlich die Macht von Huyn übergeben zu bekommen. Damit konnte eine Kontinuität der Herrschaft von der österreichisch-ungarischen zur ukrainischen geschaffen werden. Diese offizielle Regierungsübergabe – wobei Huyn natürlich unter äußerstem Druck stand und zunächst die Kooperation verweigerte – besaß zugleich den Charakter einer Anerkennung des neuen Staates.²⁹ Dieser offiziöse Akt scheint aber eher dem Traditionsbewusstsein der Ukrainer gegenüber dem Habsburgerreich geschuldet gewesen zu sein, da es zu diesem Zeitpunkt kaum hoffen konnte aus eigener Kraft gegen die Aufständischen vorzugehen. Nur mit Hilfe der Polen, die ausreichende Kräfte in der Region hätten mobilisieren können, wäre dies möglich gewesen. Die ukrainischen Führungseliten wussten natürlich um diese Gefahr eines polnischen aktiv Werdens in Ostgalizien. Schließlich hatte die Furcht vor einer solchen Aktion überhaupt erst zum Putsch der Ukrainer geführt. Um dieser Bedrohung zu begegnen gaben sie daher bekannt, dass bürgerliche, nationale und religiöse Gleichberechtigung gewährt werde und alle nationalen Gruppen Vertreter in die UNRada entsenden sollten.³⁰ Durch die angebotenen Partizipationsrechte hofften sie zum einen die polnischen Gemüter zu besänftigen, was allerdings unrealistisch erscheint, zum anderen sollte die Gruppe der Juden als Verbündeter gegen die Polen gewonnen werden. Ukrainer und Juden zusammen hätten möglicherweise über ausreichend Kapazität verfügt die polnischen Widerstände gegen die Schaffung eines ukrainischen Staats in Ostgalizien in Schach zu halten.³¹ Als dritten Legitimationsgrund wurde von ukrainischen Vertretern immer wieder

²⁸ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 124.

²⁹ Ebd., S. 128.

³⁰ Ebd., S. 127.

³¹ Albert Lichtblau: Als hätten wir dazugehört. Österreichisch-Jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburgermonarchie, Wien u.a. 1999 [Im Folgenden zitiert als: Lichtblau: Als hätten wir dazugehört], S. 104.

das Selbstbestimmungsrecht der Völker genannt. Vielmehr hoffte man auf der Pariser Friedenskonferenz die Unterstützung der Entente für das Staatsbildungsprojekt zu erhalten, in dem man auf das vom Völkerbund stark gemachte Recht verwies.³² Viel mehr hatten die ukrainischen Vertreter auch nicht in der Hand, da die Herrschaft in Ostgalizien keineswegs gefestigt war, und die Konferenz nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden konnte.

Über den Erfolg der ukrainischen Aktion am 1. November resümiert Wehrhahn daher folgendes: „Am Abend mußte die ukrainische Seite erkennen, daß sie zwar alle Objekte planmäßig besetzt und die österreichischen Institutionen liquidiert, aber die Herrschaft über die Hauptstadt nicht erlangt hatte.“³³

Als Hauptproblem der Ukrainer lässt sich dabei identifizieren, dass die ukrainische Bevölkerungsmehrheit auf dem Land und nicht in der Stadt lebte. Der polnischen Seite gelang es wiederum, binnen kürzester Zeit, ausreichend Kräfte in der Lemberger Bevölkerung zu mobilisieren, um effektiven Widerstand leisten zu können. Offen bleibt, angesichts des unterschiedlichen Erfolgs bei der Mobilisierung der Bevölkerung, ob die ukrainischen Bauern national indifferenter waren als die polnischen Städter, oder ob ihre mangelnde Unterstützung durch andere Faktoren, wie Kriegsmüdigkeit oder der Distanz zwischen Wohnort und dem Zentrum des Geschehens in Lemberg, zu erklären ist. Auf die Rolle der Bauern in der ukrainischen Nationalbewegung soll an späterer Stelle, unter genau dieser Problemstellung, noch genauer eingegangen werden.³⁴ Die Pattsituation führte jedoch erstmal zu einer abwartenden Haltung auf beiden Seiten, da sich keine Seite ohne weitere Verstärkung hätte durchsetzen können.³⁵

Doch die Geschehnisse in Lemberg lösten in ganz Galizien, wie auch in Teilen der Bukowina, ukrainische Aufstände aus, durch die es den Ukrainern gelang die Städte der Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Machtübernahmen verliefen unblutig, besaßen aber eher einen spontanen denn einen koordinierten Charakter. Der polnisch-ukrainische Konflikt in

³² Kappeler: Ukraine, S. 178.

³³ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 131.

³⁴ Ebd., S. 131.

³⁵ Ebd., S. 132.

Lemberg wurde daher als lokales Phänomen angesehen, das auf die Bevölkerungssituation vor Ort zurückzuführen sei.³⁶ Es ist allerdings ein weiteres Paradoxon dieser Zeit, dass sich das Schicksal des westukrainischen Staates in der Stadt entschieden werden sollte, obwohl der überwiegende Teil der Ukrainer auf dem Land lebte. Dadurch wird deutlich welche bedeutende Rolle die Städte, und vor allem Lemberg, als wirtschaftliche und politische Zentren besaßen.

Auch die UNRada verfolgte ihre Politik in der Stadt, da sie am 13. November in Lemberg ein provisorisches Grundgesetz verabschiedete, das die Rahmenbedingungen des neuen Staates festlegte. Unter anderem gab man dem frisch errungenen Herrschaftsgebiet nun den Namen „Westukrainische Volksrepublik“, legte aber keinen exakten Grenzverlauf fest.³⁷ Damit blieb der Interpretationsspielraum für Maximal- wie für Minimalforderungen für das Territorium der ZUNR groß bemessen. Zugleich war es Ausdruck der Uneinigkeit innerhalb der ukrainischen Nationalisten wie unter 2.II.a differenzierter analysiert wird. Das provisorische Grundgesetz sollte aber auch die Bauernschaft für den Einsatz der nationalen Sache gewinnen, da es eine Agrarreform in Aussicht stellte, die speziell dieser Gruppe zu Gute gekommen wäre. Eine stärkere Unterstützung seitens der Bauern wurde für die ukrainischen Nationalisten in den Städten immer wichtiger, da sie von polnischer Seite zusehends stärker unter Druck gerieten. Auch hier nimmt Lemberg die prominenteste Position ein, da sich der bewaffnete Konflikt in der Stadt, trotz intensiver Verhandlungen, mit fortschreitender Zeit zu Gunsten der Polen wendete. Dabei überrascht die Haltung der ukrainischen Führung, den polnischen Widerstand in Lemberg als lokale Erscheinung abzutun. Man zeigte sich sogar bereit der anderen Seite Zugeständnisse zu machen, wodurch offensichtlich wird, dass sie die Bedeutung der Stadt falsch einschätzten.³⁸

Trotz der intensiven politischen Bemühungen auf lokaler, wie auch internationaler Ebene³⁹, wurde keine Einigung erzielt. Vielmehr wurde von beiden Seiten eine Verzögerungstaktik verfolgt, bis Verstärkung eingetroffen

³⁶ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 139.

³⁷ Ebd., S. 140.

³⁸ Ebd., S. 141-142.

³⁹ Ebd., S. 146.

war. Daher verwundert es auch nicht, dass am 21. November 1918 eine Offensive der Polen begann, nachdem am Vortag Einsatztruppen eingetroffen waren.⁴⁰ Dieser Übermacht hatten die Ukrainer wenig entgegenzusetzen, weshalb sie sich aus Lemberg zurückzogen. Wie wenig realistisch sie die Lage einschätzten wird daran deutlich, dass sie den Verlust der Hauptstadt nur als vorübergehend ansahen und glaubten sie rasch zurückgewinnen zu können. Woher dabei die Streitkräfte kommen sollten, die eine solche ukrainische Offensive möglich gemacht hätten, bleibt offen, zumal der „Trumpf“ der bäuerlichen Unterstützung, offensichtlich nicht einmal im Angesicht des Verlustes der Hauptstadt stach.⁴¹

Nach dem Verlust Lembergs konnten die Ukrainer der polnischen Offensive nicht mehr viel entgegenzusetzen. Zwar gelang die kurzfristige Reorganisation der politischen Kräfte in Stanislaw, das zur neuen Hauptstadt erklärt wurde. Die militärische Situation verschärfte sich dennoch zusehends. Da klar war, dass ohne das Eingreifen eines Verbündeten kein Erfolg mehr möglich wäre, suchten die Westukrainer den engen Anschluss an die Ostukraine. Dieses politische Manöver, das weiter unten noch genauer analysiert werden wird, war jedoch eine Verzweiflungstat, da nicht mit großer Hilfe aus dem Osten zu rechnen war, zugleich aber keine anderen Optionen offenstanden und internationale Vermittlungsangebote abgelehnt wurden.⁴² Zwar gelingt im März 1919 den westukrainischen Militärs noch eine überraschend erfolgreiche Offensive, doch die Rückeroberung Lembergs wird trotzdem verfehlt.⁴³ Nachdem im Juli desselben Jahres die polnischen Streitkräfte Ostgalizien weitestgehend erobert hatten, markiert der Beschluss des Obersten Rates vom 21. November 1919, der das Gebiet für 25 Jahre unter polnische Herrschaft stellte, das Ende der Westukrainischen Volksrepublik.⁴⁴ Ihre Eliten versuchten dennoch, nunmehr aus dem Exil, die Interessen eines westukrainischen Staates zu vertreten. Diese Bemühungen waren allerdings nicht mit Erfolg gekrönt, weshalb die kurze Phase ostgalizischer ukrainischer Staatlichkeit endete.⁴⁵

⁴⁰ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 151.

⁴¹ Ebd., S. 155.

⁴² Conrad: Umkämpfte Grenzen, S. 204.

⁴³ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 167-174.

⁴⁴ Ebd., S. 248.

⁴⁵ Conrad: Umkämpfte Grenzen, S. 209.

2.II. Eine Nation, verschiedene Imaginationen – die westukrainische Nationalbewegung

Die Triebkraft, die für das Voranbringen einer Idee benötigt wird, stammt selten aus einer einzelnen Quelle. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die ukrainische Nationalbewegung in eine Vielzahl von Strömungen und Facetten ausdifferenziert. Im Folgenden sollen nun anhand zweier Themenkomplexe die verschiedenen Positionen analysiert und ihre Implikationen für den Entstehungsprozess eines Staates reflektiert werden. Dafür wird näher auf die Meinungen und Sichtweisen zur ukrainischen Nationalbewegung im russischen Reich und vor allem der UNR eingegangen werden. Anhand dessen lassen sich Kontinuitäten, wie auch Diskontinuitäten, im Denken über eine geeinte ukrainische Nation aufdecken. Zuvor wird eine genauere Betrachtung der westukrainischen Nationalbewegung vorgenommen werden. Sowohl die Herrschaft der Habsburger, als auch die soziale Struktur Galiziens, können als wichtige Katalysatoren ausgemacht werden.

2.II.a Die Westukraine verortet sich selbst

Der 1918, durch die Entstehung zweier ukrainischer Staaten, sichtbar gewordenen Dualismus in der ukrainischen Nationalbewegung, lässt sich für den westlichen Teil vor allem durch die Herrschaftszeit der Habsburger erklären. Den ruthenischen Bauern in Galizien wurde das Recht eingeräumt, weiterhin dem griechisch-katholischen Glauben anzuhängen. Dadurch unterschieden sich diese Bauern, für die die Religionszugehörigkeit ein essenzieller Bestandteil der eigenen Identität war, sowohl von römisch-katholischen Österreichern und Polen, wie auch von den russisch-orthodoxen Ruthenen die im Zarenreich lebten.⁴⁶ Gerade die griechisch-katholischen Geistlichen konnten sich mit der aufkommenden Idee der ukrainischen Nation identifizieren,

⁴⁶ Kappeler, Andreas: Die ukrainische Nationalbewegung im Russischen Reich und in Galizien. Ein Vergleich, in: Andreas Kappeler (Hg.): Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine (Wiener Archiv für die Geschichte des Slawentums und Osteuropas 20), Wien u.a. 2003 [Im Folgenden zitiert als: Kappeler: Ukrainische Nationalbewegung], S. 74.

spiegelte sie doch ihren kirchlichen Sonderstatus auf nationaler Ebene wieder. Deshalb wurden die Geistlichen zunehmend zu Vertretern der nationalen Idee, die sie damit in die Dörfer trugen. So begannen auch die ruthenischen Bauern sich zunehmend als Ukrainer zu identifizieren, da der Dorfpfarrer nun gleichzeitig mit der Religion auch eine Nation verkörperte, wodurch es zu einer „Gleichstellung von Nationalität und Konfession“⁴⁷ gekommen ist.⁴⁸ In dieser frühen Phase gab es allerdings auch einige russophile Tendenzen innerhalb der ruthenischen Bewegung, die erst im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung verloren. Parallel dazu traten nun an Stelle der Priester⁴⁹ vermehrt Bauern, oder auch Lehrer als Vertreter der ukrainischen Nation auf. Ab diesem Zeitpunkt ist ein gewisser Dualismus zu beobachten. Zum einen war die große Gruppe der ruthenischen Bauern mit der Idee der ukrainischen Nation in Kontakt gekommen, was sich zunehmend in der Bildung einer ukrainischen Identität ausdrückte. Zum anderen gab es eine dünne Intelligenzschicht, in der die nationale Idee weiterentwickelt und diskutiert wurde. Problematisch an dieser Konstellation war, dass die gesamte Bewegung zu „kopflastig“ aufgebaut war, da sich keine nennenswerte ukrainische Mittelschicht ausbildete, was zu einer zunehmenden Distanz zwischen den Erwartungen der Bauern und der der Intelligenz an einen zukünftigen ukrainischen Nationalstaat führte.⁵⁰

Auch wenn die Gruppe der nationalen Eliten verhältnismäßig klein war, gelang es ihr doch entscheidende Fortschritte für die ukrainische Nationalbewegung zu erzielen. Begünstigt wurde ihr Vorgehen allerdings auch dadurch, dass Wien schon früh in der ukrainischen Bewegung eine Möglichkeit sah, die polnischen Ambitionen in Galizien im Zaum zu halten.⁵¹ Doch wie weiter oben ausgeführt wurde, waren es die Akteure der ukrainischen Intelligenz, die 1918 aktiv wurden und die Westukrainische Volksrepublik ins

⁴⁷ Schattkowsky, Ralph: Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Westpreußen und Galizien. Ein Vergleich, in: Ralph Schattkowsky, Michael G. Müller (Hgg.): Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität. Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen und Galizien am Ende des 19. Und Anfang des 20. Jahrhunderts (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 20), Marburg 2004 [Im Folgenden zitiert als: Schattkowsky: Identitätenwandel], S. 36.

⁴⁸ Struve: Bauern und Nation, S. 352-353.

⁴⁹ Es ist allerdings kein Kausalzusammenhang zwischen dem Einflussrückgang der Geistlichkeit und dem Schwindenden russophilen Stimmen auszumachen.

⁵⁰ Schattkowsky: Identitätenwandel, S. 44.

⁵¹ Ebd., S. 42.

Leben riefen.⁵² Dieser Coup war allerdings nicht im Sinne aller Teile dieser Gruppe, die sich mittlerweile in der UNRada organisiert hatte. Die Legitimation des eigenen Staates war dabei die zentrale Streitfrage, auch wenn man sich nur in Nuancen unterschied. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war unangefochten das primäre Argument für einen ukrainischen Nationalstaat⁵³, doch stand dabei in Frage wie eng die Bindung an Österreich-Ungarn bleiben sollte. Die konservativere Position plädierte dafür, dass der ukrainische Staat in Ostgalizien direkt von Wien aus gegründet werden sollte. Letztlich schritt die dagegen argumentierende Seite zur Tat, der eine offizielle Machtübergabe durch den Statthalter vor Ort ausreichend erschien. Obwohl beide Seiten sehr um die österreichisch-ungarische Anerkennung bemüht waren, werden gewisse Unterschiede deutlich. So ist davon auszugehen, dass die Gruppe, die eine direkte Zusage aus Wien erhoffte – auch wenn diese ausgesprochen unwahrscheinlich gewesen wäre – sich darüber im Klaren war, dass die realen Machtverhältnisse vor Ort nicht Zugunsten der Ukrainer standen. Andererseits dominierte vor allem in Lemberg die Ansicht, dass nicht mit einem Handeln Wiens zu rechnen sei und man daher vor Ort die Legitimation seitens der habsburgischen Verwaltung erhalten müsse. Die gesamte Situation, in der die Legitimation des neuen Staates die entscheidende Rolle spielte, ist auf den fehlenden ukrainischen Einfluss in den Städten und auf die mangelnde Mobilisation der ukrainischen Bauernschaft zurückzuführen. Die fehlende Begeisterung der Bauern für den neu entstandenen Staat zeigt klar, dass die Ziele der Intelligenz nicht deckungsgleich mit denen der Bauern waren.⁵⁴

Denn die zentralen Forderungen, die von bäuerlicher Seite an einen Nationalstaat gerichtet wurden, beinhalteten vor allem soziale Reformen und eine stärkere Demokratisierung.⁵⁵ Auch, wenn es unter den Habsburgern zur Bauernbefreiung gekommen war, gestaltete sich ihr Alltag weiterhin sehr schwer. Zudem blieben die Abhängigkeiten von polnischen Großgrundbesitzern und jüdischen Händlern vielerorts bestehen.⁵⁶ Im Kielwasser der Verbreitung des nationalen Gedankenguts unter der ruthenischen Bauernschaft

⁵² Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 120.

⁵³ Ebd., S. 119.

⁵⁴ Ebd., S. 128.

⁵⁵ Struve: Bauern und Nation, S. 371.

⁵⁶ Kappeler: Ukrainische Nationalbewegung, S. 84.

gelang es ihnen eigene Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Dies stärkte sowohl ihre eigene Identität, verringerte aber zugleich die Abhängigkeit von Großgrundbesitzern, Geldleihern und Händlern. In diesem Sinne verbanden die Bauern mit einem ukrainischen Staat, die Hoffnung auf soziale Reformen und eine gerechtere Landverteilung.⁵⁷

Ob die ukrainische Bauernschaft aufgrund von Zweifeln an der Umsetzung dieser Forderung in der neu entstandenen Republik, oder aus politischer Indifferenz⁵⁸ nicht zu einem größeren Engagement bewegt werden konnte, muss im Rahmen dieser Arbeit offen bleiben. Allerdings spricht für letzteres, dass die ukrainischen Eliten sich durchaus darum bemühten ein Reformprogramm auf den Weg zu bringen.⁵⁹ Doch scheint dieses nicht den Erwartungen der Bauernschaft entsprochen zu haben, die zudem immer noch mit ihren Vertretern in der UNRada unterrepräsentiert war. Möglicherweise erhofften sie sich eine direktere Veränderung ihrer Lebensverhältnisse durch den Aufstand. Als sich abzeichnete, dass dies nicht der Fall sein würde, waren sie zu keiner umfassenden Unterstützung bereit. Worin auch immer die Gründe für dieses Verhalten lagen, Fakt ist, dass die mangelnde Unterstützung seitens der ukrainischen Bauern die nationalen Eliten unter immensen Druck setzte, da sie nicht auf die Unterstützung der größten Bevölkerungsgruppe – die zudem als eine sichere angesehen wurde – verlassen konnten. Daher sah man sich gezwungen auch außerhalb der ZUNR nach Verbündeten zu suchen. Am nächsten lag dabei die Ukrainische Volksrepublik im Osten, war sie doch ebenfalls Ausdruck der ukrainischen Bemühungen um nationale Souveränität.

2.II.b Verhältnis zur Ostukraine

⁵⁷ Kai Struve: Peasant Emancipation and National Integration. Agrarian Circles, Village Reading Rooms, and Cooperatives in Galicia, in: Torsten Lorenz (H.): Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and early 20th Century (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas 15), Berlin 2006, S. 250.

⁵⁸ Vgl. dazu Tara Zahra: Imagined Noncommunities: National Indifferende as a Category of Analysis, in: Slavic Review Vol. 69, No. 1 (2010), S. 93-119; Die Autorin hervor, dass der Nationsgedanke nicht automatisch in alle Gruppen und Schichten diffundiert.

⁵⁹ Schattkowsky: Identitätenwandel, S. 42.

Die Positionsbestimmung der Westukrainer zur Ostukraine gestaltete sich vor allem deshalb schwierig, weil die UNR vor der ZUNR gegründet wurde und damit die Legitimation als erster ukrainischer Nationalstaat besaß. Dadurch drängte sich die Frage auf, ob die Westukrainer im östlichen Galizien ihre nationalstaatlichen Ideen im Verbund mit der UNR verwirklicht sehen wollten, oder aber, ob sie einen eigenen Staat nach ihren Vorstellungen errichten wollten.⁶⁰

Die Fraktion, die einen zusammengefassten ukrainischen Staat befürwortete, argumentierte primär damit, dass ein Zusammenschluss die Chancen verbessern würde gegen die äußeren Gegner zu bestehen. Man würde sich gemeinsam besser den polnischen, wie auch russischen Ambitionen entgegenstellen können. Zugleich bestand die Möglichkeit einen Fürsprecher auf internationalem Parkett, in Gestalt Deutschlands, gewinnen zu können. Auch wenn damit nur einer der Verlierer des Krieges auf der eigenen Seite stände, war die Situation in der Westukraine derart fragil, dass man jegliche Führsprache benötigte. Die Suche nach einem starken Verbündeten wurde ums so drängender als sich abzeichnete, dass die Entente nicht alleine mit dem Argument des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu überzeugen sein würden. Ein enger Zusammenschluss mit der UNR schien aus dieser Perspektive der sinnvollste Schritt um nationale westukrainische Interessen in Ostgalizien dauerhaft umzusetzen.⁶¹

Dementgegen sprach sich eine große Gruppe innerhalb der westukrainischen Nationalbewegung gegen einen frühzeitigen Zusammenschluss von ZUNR und UNR aus. Dabei wurde zwei Argumentationslinien verfolgt. Zum einen war man der Donaumonarchie treu ergeben und wollte sich nicht aus ihrem Verbund lösen. Dies bedeutete, dass die Realisierung eines unabhängigen Nationalstaats der Anerkennung der eigenen Nation untergeordnet war. Während letzteres vehement verfolgt wurde, konnte im Austausch dafür ersteres zurückgestellt werden. Zum anderen herrschte unter den Westukrainern eine gewisse Furcht vor der russischen Vergangenheit der Ostukraine. Auch wenn die UNR nun ein unabhängiger Staat sei, so hätten die Russen und ihre

⁶⁰ Kappeler: Ukraine, S. 184.

⁶¹ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 90-92.

Traditionen dort immer noch einen großen Einfluss, der in der Person Skoropads'kyjs kulminierte. Zudem unterscheidete sich die ost- von der westukrainischen Bevölkerung, weshalb viele Träger der ukrainischen Nationalbewegung in Ostgalizien einer gemeinsamen Zukunft der beiden Regionen kritisch gegenüberstanden.⁶²

Allerdings wurde die Perspektive zur Vereinigung der beiden ukrainischen Gebiete auch von Befürwortern einer spezifisch westukrainischen Lösung ins Feld geführt, um so Druck auf Österreich-Ungarn aufzubauen. Dadurch erhoffte man sich die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes vorantreiben zu können, das den Besonderheiten der Westukrainer im Unterschied zu den Ostukrainern gerecht würde.⁶³

Zugleich gab es auch, von der Seite des Ostukrainischen Staates unter Hetman Skoropads'kyj, Vorbehalte gegen einen vereinigten ukrainischen Staat. Er ging sogar soweit, „das Bestehen einer von der ukrainischen differenzierten ostgalizischen nationalen Identität“⁶⁴ zu suggerieren. Diese sei viel mehr ruthenischer denn ukrainischer Natur⁶⁵, weshalb kein legitimer ukrainischer Anspruch abzuleiten sei. Andernfalls könne das Gebiet Ostgaliziens nur der Ostukraine untergeordnet werden. Skoropads'kyjs abwehrende Haltung ist vor allem mit der drohenden Konkurrenz durch einen zweiten, stark österreich-ungarisch geprägten Staat zu erklären. Dieser könne erheblichen Einfluss in der Ostukraine gewinnen und sie womöglich in ein ukrainisches Kronland einverleiben. Damit wäre der Einfluss aller ostukrainischen Eliten, allen voran der des Hetmans, erheblich verringert worden. Deshalb stand die ostukrainische Seite den Bestrebungen der Westukrainer nach staatlicher Souveränität ausgesprochen kritisch gegenüber.⁶⁶

Interessanterweise waren die westukrainischen Eliten gegen den Putsch, der gegen Skoropads'kyj vorbereitet wurde, obwohl er der ZUNR kritisch gegenüberstand. Allerdings blieb die UNR immer der naheliegendste Partner für den westukrainischen Staat, wodurch diese ambivalente Haltung

⁶² Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 92.

⁶³ Ebd., S. 78-79 u. 90-91.

⁶⁴ Ebd., S. 92.

⁶⁵ Zu der Bedeutung der Bezeichnung Ruthenen und Ukrainer vgl. Wolfdieter Bihl: Die Ruthenen, in: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hgg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Die Völker des Reiches Bd. 3,1, Wien 1980, S. 555-584.

⁶⁶ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 92-93.

zu erklären ist. Politische Instabilität würde den ostukrainischen Staat schwächen, der sowieso auf äußerst wackeligen Beinen stand. Damit dominierte also weniger die idealistische Idee einer gänzlich vereinigten Ukraine – diese wäre in der vorhandenen Konstellation überhaupt nur unter Führung des Hetman zu realisieren gewesen – als politischer Pragmatismus zum Schaffen der besten Ausgangslage um die eigenen Interessen vertreten zu können.⁶⁷

„Der leitende politische Gedanke der ostgalizischen Ukrainer der Zeit war das Streben nach *geistiger*, nicht aber staatlicher Einheit mit der Ostukraine“⁶⁸ resümiert Wehrhahn über die Zielsetzung der westukrainischen Politiker Ende 1918. Zu dieser bereits weiter oben beschriebenen Ambivalenz zählte auch, dass keine weitreichenden Forderungen an, die mittlerweile ausgesprochen instabile, Donaumonarchie, bezüglich eines gesamtukrainischen Staates, gestellt wurden. Doch auch wenn die Vereinigung der beiden Herrschaftsgebiete nicht vorrangig von Seiten der Westukrainer verfolgt wurde, gab es doch Stimmen, die für den Fall, dass Ostgalizien unter polnische Herrschaft geraten sollte, ein Eingreifen der Ostukraine erwarteten. Dabei missachteten sie allerdings Skoropads´kyjs oben erläuterte, kritische Haltung gegenüber der Westukraine.⁶⁹

Infolge der polnischen Offensive gegen die ZUNR kam es doch noch zu einer starken Annäherung der beiden ukrainischen Staaten. Bereits am 10. November war von Seiten der UNRada der Beschluss gefasst worden, dass eine Vereinigung der beiden Staaten forciert werden sollte. Dabei wurde jedoch betont, dass die Besonderheiten der Ukrainer in Ostgalizien gewahrt bleiben sollten.⁷⁰ Die verschärfte Konfliktlage drängte die Westukrainer immer mehr an die Seite des östlichen Nachbarn, da man sich direkte finanzielle und militärische Unterstützung erhoffte, zumal das Hetmanat abgelöst worden war und man auf eine freundlichere Einstellung gegenüber der eigenen Sache hoffte. Dementsprechend wurde am 1. Dezember 1918 ein Vorvertrag über die Vereinigung der beiden ukrainischen Staaten geschlossen. Doch erst am 22. Januar 1919 kam es zur Proklamation des vereinigten Staatgebiets in

⁶⁷ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 110.

⁶⁸ Ebd., S. 112.

⁶⁹ Ebd., S. 112-113.

⁷⁰ Ebd., S. 161-162.

Kiew. Allerdings waren für die Westukraine weiterhin Autonomierechte vorgesehen, weshalb keine wirkliche Fusion vollzogen werden sollte.⁷¹ Da auch nach der öffentlichen Verkündung des Zusammenschlusses de facto zwei getrennte ukrainische Staaten existierten, wird deutlich, dass das Bündnis von beiden Seiten zur Verbesserung der eigenen Situation genutzt werden sollte, ohne dabei selbst die eigene Position verlassen zu müssen. Die Eliten der ZUNR erhofften sich vor allem Unterstützung im Kampf gegen die Polen, waren aber nicht daran interessiert ihre Kompetenzen im ostgalizischen Herrschaftsgebiet einzuschränken. Das Scheitern eines geeinten ukrainischen Staates ist zudem durch die westukrainische Selbstwahrnehmung, im Vergleich zur Ostukraine, der zivilisiertere Staat zu sein, begünstigt worden.⁷² Dazu zählte auch, dass man sich in der Tradition Österreich-Ungarns sah und versuchte dessen staatlichen Charakter, in Hinblick auf die multiethnische Bevölkerung in Ostgalizien, Rechnung zu tragen.

3. Der Nationalstaat aus dem Vielvölkerreich – über Umgang und Verhältnis der ZUNR zu anderen Nationalitäten

Der Entstehung eines Nationalstaats auf einem Gebiet mit komplexer ethnischer Zusammensetzung birgt vor allem deshalb eine große Sprengkraft, da er per Definition eine dieser Gruppen in eine exponierte Position hebt. Zwar gab es auf internationaler Ebene Regelungen die einen Minderheitenschutz für die anderen Ethnien vorsahen, aber ob und in wie weit dies umgesetzt wurde soll im Folgenden untersucht werden. Ferner wird der Frage nachgegangen werden, ob es Tendenzen zur Assimilation oder Exklusion der anderen Identitätsgruppen gab und damit auch wie stringent oder flexibel der Nationsbegriff in seiner Bedeutung für die Staatlichkeit verstanden wurde.

⁷¹ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S.164-167.

⁷² Ebd., S. 171.

3.I. Polen – politische Schwergewichte der Städte

Die Machtübernahme der Ukrainer in Ostgalizien überraschte nicht nur die Vertreter der Habsburgermonarchie, sondern auch die polnische Bevölkerung. Um eine effektive Oppositionsarbeit organisieren zu können gründete sich am 1. November 1918 das Polski Komitet Narodowy (PKN), das die verschiedenen polnischen Gruppen in Lemberg in einem Nationalkomitee bündelte. Das Ziel war dabei zunächst eine politische und organisatorische Einigung der eigenen Seite, um effizienter mit den Ukrainern in Verhandlungen treten zu können. Zudem wurde der bewaffnete Widerstand in Lemberg organisiert.⁷³

Die polnisch-ukrainischen Spannungen innerhalb Ostgaliziens schaukelten sich auch deshalb immer weiter hoch, weil beide Seiten auf ihre Maximalforderungen beharrten. Selbst vermeintliche Kompromissvorschläge, wie der des Obersten Rates in Paris vom 21. November 1919, die eher im Interesse einer der beiden Parteien formuliert waren, wurde von beiden Seiten zugleich abgelehnt.⁷⁴ Daraus ist abzuleiten, dass die Unterordnung der eigenen Nationalität unter keinen Umständen akzeptiert worden wäre, wofür – wohlgemerkt von beiden Seiten – das Argument der Bevölkerungsdifferenz zwischen Stadt und Land genutzt wurde. Damit wird auch die spezifische Einflussphäre, bzw. die Legitimationsgrundlage der jeweiligen Volksgruppe wiedergespiegelt. Die Befürworter des Anschlusses Ostgaliziens an Polen beriefen sich darauf, dass die Bevölkerungsmehrheit in den Städten polnisch sei. Zugleich seien sie die Kulturträger der Region und würden die Zivilisation aufrechterhalten, da sie einen bedeutenden Teil des Beamtenapparats stellten. Die ukrainische Seite hingegen sah das Gebiet der ukrainischen Nation zugehörig an, weil der überwiegende Teil der Landbevölkerung ukrainisch sei. Die schlichte zahlenmäßige Überlegenheit gewähre, gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Vorrang vor den Polen.⁷⁵

Doch trotz dieses Vormachtverständnisses der ukrainischen Seite, wurde den polnischen Antagonisten angeboten, ebenso wie allen anderen Minderheiten, Vertreter in die UNRada zu entsenden. Gemeinsam sollte so

⁷³ Conrad: *Umkämpfte Grenzen*, S. 99.

⁷⁴ Wehrhahn: *Die Westukrainische Volksrepublik*, S. 248-250.

⁷⁵ Ebd., S. 205.

die neue Staatsordnung in Ostgalizien organisiert werden. Durch die Beteiligung der verschiedenen nationalen Gruppierungen sollten deren Minderheitenrechte geschützt werden.⁷⁶ Ob die Wahrung der nationalen Identität im polnischen Fall allerdings, aus Sicht der Ukrainer, das primäre Ziel dieser Kooperation gewesen wäre, ist stark zu hinterfragen. Vermutlich war weniger der Minderheitenschutz als mehr die Integration in die staatsbildenden Prozesse zur Verhinderung von bewaffneten Auseinandersetzungen, das Motiv hinter dem ukrainischen Angebot an die Polen.

Letztlich bleibt damit für das polnisch-ukrainische Verhältnis in Galizien nur festzustellen, dass es vom Konflikt um die Vorherrschaft in der Region geprägt war. Auch wenn es vage Momente politischer Annäherungsversuche gab, kamen diese vor allem in Momenten der Schwäche und Unterlegenheit einer der beiden Parteien auf. Sie waren somit vielmehr ein taktisches Mittel, als Ausdruck ernsthafter Aussöhnungsbemühungen.⁷⁷

3.II. Juden – Nationalität und Neutralität im ukrainisch-polnischen Konflikt

In der heißen Phase der Auseinandersetzungen in Lemberg gab es verstärkt Überlegungen der ukrainischen Seite die politische Struktur der Stadt neu zu organisieren. Diese Überlegungen sahen vor, dass alle nationalen Gruppierungen der Stadt eine gemeinsame Stadtverwaltung, unter ukrainischer Führung, aufbauen sollten. Die Intention der Ukrainer bestand allerdings vor allem darin, mit Hilfe der jüdischen Bevölkerung Lembergs, einen starken Block gegen die polnische Opposition bilden zu können. Anders als die Ukrainer, stellten die Juden einen bedeutenden Teil der Lemberger Bewohner.⁷⁸

Wie in Lemberg, zählte es zum politischen Konzept der Führung der ZUNR alle anderen Nationalitäten auf dem Staatsgebiet anzuerkennen. Somit traf dies auch auf die Juden in Ostgalizien zu, die vorrangig in Städten siedelten. Diese Position ist allerdings auch durch einen gewissen Pragmatismus gekennzeichnet, da von Seiten der Ukrainer versucht wurde Verbündete zu

⁷⁶ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 145.

⁷⁷ Ebd., S. 130-132.

⁷⁸ Ebd., S. 145.

gewinnen. Mit der ausdrücklichen Anerkennung der jüdischen Nationalität hoffte man wohl die Machtverhältnisse zu Ungunsten der Polen verschieben zu können. Diese waren zwar ebenfalls mit den in Aussicht gestellten Minderheitenrechten bedacht worden, besaßen aufgrund ihrer besseren Position, mit der Perspektive Teil eines polnischen Nationalstaats zu sein, wenig Interesse an einem Minoritätsstatus.⁷⁹

Das Machtvakuum, das der Zerfall der Habsburgermonarchie schuf, bot allerdings auch Raum für jüdisch nationale Ambitionen. Für sie bestand die langfristig zionistische Perspektive aus der Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina. Trotzdem ergab sich nun die Möglichkeit einer zeitnahen Anerkennung der jüdischen Nationalität in Galizien. Konkret hoffte man dieses vor allen in Gebieten mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit mit Hilfe des Völkerbundes durchsetzen zu können, wobei man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berief. Damit einher ging auch die Forderung nach Minoritätenrechten in einem neu entstehenden polnischen oder ukrainischen Nationalstaat. Diese wurden explizit von der ukrainischen Seite in Aussicht gestellt, da man sich erhoffte, dass die jüdische Bevölkerung sich dann auf die Seite der Ukrainer schlagen würde.⁸⁰ Doch trotz dieses Angebots, als Juniorpartner in der westukrainischen Volksrepublik, plädierte die Mehrheit der Juden für eine neutrale Haltung im Konflikt der beiden anderen Gruppen. Tendenziell neigten gerade stark polophile Juden eher dazu sich auf die Seite der Polen zu schlagen. Da Ende 1918 allerdings weitestgehend offen war, wer die Vorherrschaft in Ostgalizien erringen würde, erscheint es naheliegend abzuwarten, um Vergeltung⁸¹ zu verhindern, falls man auf der unterlegenen Seite gestanden hatte.⁸² Allerdings wurden am 1. November auch die jüdischen Gruppierungen Lembergs aktiv, indem sie ein „Jüdisches Komitee der öffentlichen Sicherheit“⁸³ gründeten. Dieses vertrat zum einen die Neutralität

⁷⁹ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 114.

⁸⁰ Ebd., S. 153.

⁸¹ Auch wenn sich die jüdische Bevölkerung Lembergs im Konflikt neutral verhalten hatte, so verübten die polnischen Eroberer der Stadt dennoch am 22. Und 23. November 1918 einen Pogrom an ihnen. Grund war, dass die Polen die Juden trotzdem als Unterstützer der Ukrainer ansahen, die sie die Ukrainer durch ihre Miliz vermeintlich entlasteten (vgl. dazu Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S.155).

⁸² Lichtblau: Als hätten wir dazugehört, S. 104.

⁸³ Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 154.

nach außen, indem es beispielsweise keine Vertreter in die UNRada entsandte. Zum anderen organisierte es eine jüdische Miliz, die in den jüdischen Wohngebieten der Stadt patrouillieren sollte, da sowohl von ukrainischer, als auch von polnischer Seite gewaltsame Übergriffe befürchtet wurden.⁸⁴

Die ukrainischen Vertreter versuchten allerdings nicht nur, durch die in Aussicht gestellten Minderheitenrechte, die jüdische Bevölkerung als Verbündete zu gewinnen. Eine andere Argumentationslinie vermittelte, dass die Polen durch den von ihnen ausgehenden starken Assimilationsdruck eine Gefahr für die jüdische Identität seien. Dadurch wurde auf der einen Seite versucht dem Verlangen nach „Personalautonomie“⁸⁵ gerecht zu werden. Auf der anderen Seite appellierte man an zionistische Überzeugungen, die das Bewahren der jüdischen Identität zum Ziel hatten. Die Ukrainer stellten sich dadurch als ideale Verbündete der Juden da, deren politische Zielsetzungen sich in weiten Teilen überschneiden.⁸⁶

3.III. Deutsche – Minorität an der Seite der Ukrainer

Als „eine Kulturtat der Ukrainer“⁸⁷ beschrieb das Deutsche Volksblatt für Galizien in seiner Ausgabe vom 31. Oktober 1918 die Einladung der ukrainischen Vertreter an die Deutschen in der UNRada zu partizipieren, um „die völkischen Rechte der Minderheiten gemeinsamen Beratungen [...] [unterziehen zu können].“⁸⁸ Dieses Angebot wird von der Zeitung, die das Sprachrohr der Deutschen beider Konfessionen in Galizien war, ausgesprochen positiv bewertet, sei es doch ein „moderne[s], europäische[s] Programm“⁸⁹ mit dem der westukrainische Staat sich von allen anderen, nach dem Ersten Weltkrieg, neu entstehenden Staaten abhebe. Denn das offensive Vertreten nationaler Minderheitenrechte seitens der staatsbildenden Majorität stellt eine Ausnahme im Ablauf der Staatsbildung aus nationalen Bestrebungen dar.⁹⁰

⁸⁴ Lichtblau: Als hätten wir dazugehört, S. 104.

⁸⁵ Werhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 154; „Personalautonomie“ sah vor, dass jedem Individuum Religionsfreiheit gewährt wurde und nicht nur einer ganzen Glaubensgruppe. Dadurch wären Assimilationsbemühungen einfacher einzudämmen gewesen.

⁸⁶ Ebd., S. 153.

⁸⁷ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁸⁸ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁸⁹ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁹⁰ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

Das Angebot der Ukrainer wurde von den Deutschen in Ostgalizien auch deshalb derart euphorisch aufgenommen, weil sie den Assimilationsdruck und die Polonisierungstendenzen unter polnischer Herrschaft fürchteten. Anders als die Juden⁹¹, waren sie augenscheinlich bereit in der UNRada an einer neuen Staatsordnung mitzuwirken. Tatsächlich war am 31. Oktober 1918 der Deutsche Nationalrat noch nicht zusammen gekommen, so dass die Entscheidung über das deutsche Mitwirken von den Geschehnissen des Aufstandes in Lemberg überrollt wurde.⁹² Doch bereits am 31. Oktober, noch bevor ein definitiver Beschluss des Deutschen Nationalrates vorlag, stellt das Deutsche Volksblatt für Galizien in Aussicht, „daß die in den ukrainischen Gebieten seßhaften Deutschen tatsächlich die Möglichkeit haben werden, allen deutschen Fleiß, deutsche Tatkraft und Arbeitslust in den Dienst des neuen Vaterlandes zu stellen.“⁹³ Daran lässt sich zum einen die große Unterstützung der ukrainischen Nationalbewegung erkennen, zum anderen wird aber auch deutlich wie stark zwischen Nationalität und Staatlichkeit unterschieden wurde. Den Deutschen in Galizien war es möglich den Westukrainischen Staat als „neue[s] Vaterland“ anzuerkennen und zugleich ihre nationale Identität nicht bedroht zu sehen. Im Umkehrschluss war es den Ukrainern möglich andere Nationalitäten in ihrem Staat zu akzeptieren, ohne diese als Bedrohung wahrzunehmen und zu repressiven Maßnahmen zu greifen.⁹⁴ Im Unterschied zur jüdischen Bevölkerung konnten die Ukrainer in den Deutschen keine bedeutenden Verbündeten gewinnen. Ihre Zahl war dazu schlicht zu gering und sie lebten zumeist in Dörfern auf dem Land, während die nationalen Auseinandersetzungen vor allem in den Städten ausgetragen wurden.

Die verhältnismäßig kleine Gruppe der deutschen Siedler in Galizien kam zum überwiegenden Teil⁹⁵ in Folge der ersten Teilung Polens in das Gebiet, da die neuen Habsburgerherrscher, namentlich Maria Theresia und Joseph II., sie gezielt anwarben. Mit Hilfe der Siedler aus dem Westen sollte

⁹¹ Interessant ist auch der Umstand, dass die explizite Anerkennung der jüdischen Nation und nicht nur der Religionsgemeinschaft positiv bewertet wird. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass es den Vertretern der deutschen Minderheit vorrangig um den Erhalt nationaler Minderheitenrechte ging.

⁹² Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁹³ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁹⁴ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

⁹⁵ Bereits im Mittelalter siedelten sich erste Deutsche im Gebiet Galiziens an. Anders als bei der späteren, durch die Habsburger forcierten, Ansiedlungswelle, bauten sie sich ihre Existenzen vornehmlich in den Städten der Region auf.

das kulturelle Niveau des neuen Kronlandes angehoben werden, indem das technische Wissen der Siedler für die Landwirtschaft genutzt werden sollte. Dieses Vorhaben konnte allerdings nur begrenzt umgesetzt werden, da nach Startschwierigkeiten des Unternehmens die Breitenwirkung ausblieb. Trotzdem verweilten die Deutschen in ihren Dörfern, die zumeist von ihnen selbst neu begründet wurden. Das Bewahren ihrer deutschen Identität war für sie bedeutsam, wobei sie zugleich treue Untertanen Österreich-Ungarns blieben.⁹⁶ Durch diesen Dualismus befanden sie sich im Jahr 1918 zunehmend in einer Zwickmühle. Schon im Mai hatten sie erkannt, dass sich das Vielvölkerreich der Donaumonarchie in der Auslösung befand, weshalb die Frage nach der zukünftigen Freiheit des nationalen Selbstverständnisses drängender wurde.⁹⁷

Das Deutsche Volksblatt für Galizien votierte in dieser Frage klar für das Konzept der Selbstbestimmung der Völker, da es eine „gar nicht so übel[e]“⁹⁸ Lösung biete. Damit sah man die Möglichkeit gekommen, das eigenen „Volkstum frei zu betätigen und [...] dabei Anspruch auf die Unterstützung des Staates zu haben.“⁹⁹ Daher kam es den Deutschen entgegen, dass die UNRada gute fünf Monate später genau diese Möglichkeiten für nationale Minderheiten in Aussicht stellte. Ebenso positiv wie das Deutsche_ Volksblatt für Galizien, bewertete Theodor Zöckler, Pfarrer der protestantischen Gemeinde in Stanislau und eine der Führungspersönlichkeiten der Deutschen in Galizien, das Bemühen der Ukrainer. In einem Brief vom 21. April 1919 berichtet er, dass „wir [die Vertreter der deutschen Minderheit Anm. d. Verf.] nun zunächst in die Wahlreformkommission der ukrainischen Nationalversammlung aufgenommen [worden sind]“¹⁰⁰ und es zu einer konstruktiven und erfolgreichen Zusammenarbeit beider Seiten gekommen sei. Dementsprechend habe man als Galiziendeutsche „6 Mandate für die konstituierende Nationalversammlung zugesprochen [bekommen]“¹⁰¹ womit die gemeinsame Arbeit fortgesetzt werden könne. Besonders hervorzuheben ist an dieser

⁹⁶ Isabel Röska-Rydel: Galizien (Deutsche Geschichte im Osten Europas 10) Berlin 1999, S. 16-24.

⁹⁷ Deutsches Volksblatt für Galizien, 23. Mai 1918, 11. Jahrgang Folge 21.

⁹⁸ Deutsches Volksblatt für Galizien, 23. Mai 1918, 11. Jahrgang Folge 21.

⁹⁹ Deutsches Volksblatt für Galizien, 23. Mai 1918, 11. Jahrgang Folge 21.

¹⁰⁰ Theodor Zöckler: Brief, 21. April 1919.

¹⁰¹ Theodor Zöckler: Brief, 21. April 1919.

Stelle, dass weder die ukrainische, noch die deutsche Seite den Begriff der „Nationalversammlung“ als auf die staatstragende – in diesem Fall die ukrainische – Nation beschränkten Begriff verstehen. Dies zeigt beispielhaft, dass das Ziel der ukrainischen Eliten, den nationalen Minderheiten in der ZUNR entsprechende Partizipationsrechte einzuräumen, umgesetzt wurde, sofern es von Seite der Minderheit auch angenommen wurde.¹⁰²

Die Verbundenheit, die sich zwischen der deutschen Minderheit und dem westukrainischen Staat entwickelt hatte wird auch an Zöcklers besorgten Berichten über die Lage vor Ort deutlich. So ist zwar der gesamte Duktus seines Briefs vom 20. Dezember 1918 positiv, zumal sein direktes Umfeld in Stanislau nicht bedroht war. Allerdings äußert er sich fast verzweifelt darüber, dass man „sogar auch schon von Lemberg abgeschnitten [wäre].“¹⁰³ Zöckler sieht als protestantischer Pfarrer die Gefahr, dass durch einen Sieg der Polen nicht nur die nationalen Minderheitenrechte eingeschränkt wurden, sondern dass auch zunehmender Druck auf die religiöse Basis der Deutschen ausgeübt würde, die über das Schulwesen eng mit der nationalen Selbstbestimmung verflochten war.¹⁰⁴ Denn schon 1876 seien die Polen gegen „das blühende deutsche Schulwesen in den deutschen Siedlungen [vorgegangen um es] zu polonisieren.“¹⁰⁵ Ein ähnliches Vorgehen sei auch bei der befürchteten erneuten Machtübernahme durch die Polen zu erwarten, weshalb die politische Führung der Galiziendeutschen ihre Hoffnungen in das Bestehen der ZUNR setzten. Auf den Punkt bringt diese Haltung das Deutsche Volksblatt für Galizien, wiederum in seiner Ausgabe vom 31. Oktober, in dem Ausspruch, dass „diese Deutschen [...] im ukrainischen Staat verbleiben, da sie bei den Ukrainern gegen die polnischen Machthaber stets Anlehnung fanden.“¹⁰⁶ Die große Unterstützung des jungen westukrainischen Staates seitens der deutschen Minderheit speiste sich erkennbar durch die Furcht vor der polnischen Vorherrschaft. Wohl auch weil sowohl Deutsche, als auch Ukrainer die Polen als „Machthaber“ wahrnahmen, gab es keine Widerstände gegen

¹⁰² Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik, S. 145 u. Theodor Zöckler: Brief, 21. April 1919.

¹⁰³ Zöckler, Theodor: Brief, 20. Dezember 1918.

¹⁰⁴ Der überwiegende Teil der deutschen Gemeinden finanzierte die Schulen in den Ortschaften selbstständig vgl. Johann Philipp Schmalenberg: Chronik der Evangelischen Kirchengemeinde Baginsberg-Kolomea (ungebunden), unbekannter Ort unbekanntes Jahr, S. 44-45.

¹⁰⁵ Deutsches Volksblatt für Galizien, 20. Juni 1918, 11. Jahrgang Folge 25.

¹⁰⁶ Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

eine politische Zusammenarbeit. Diese Wahrnehmung resultierte vor allem aus den sozialen Gegebenheiten Galiziens, da es sich bei Ukrainern wie Deutschen zumeist um Bauern handelte, die negative Erfahrungen mit den polnischen, und zum Teil jüdischen,¹⁰⁷ Großgrundbesitzern vor Ort gemacht hatten. Dies schuf ein verbindendes Element beider Bevölkerungsgruppen.¹⁰⁸

Anders als bei der jüdischen Bevölkerung, war es den Ukrainern die deutsche Minderheit erfolgreich zur Zusammenarbeit bei der Konzeption der neu gegründeten ZUNR zu gewinnen. Die beiden Gruppen wurden dabei aber nicht nur durch das angestrebte Ideal eines Staates, in dem verschiedene Nationalitäten koexistieren konnten, verbunden. Auch das Bild der Polen als Antagonisten hinsichtlich der nationalen Integrität unterstützte die positive Beziehung von Deutschen und Ukrainern in Galizien. Da es sich bei den Deutschen allerdings um eine marginale Minderheit handelte, konnte die ZUNR wenig von ihrer Unterstützung profitieren, so dass auch ihre leidenschaftlichen Paladine auf deutscher Seite ihren Untergang nicht verhindern konnten.

4. Fazit

Betrachtet man die Westukrainische Volksrepublik, die sich in einer Zeit, in der vielerorts die Staatsbildung nach dem Konzept der Inklusion durch Exklusion vollzogen wurde, im multiethnischen Gebiet des ehemaligen Habsburger Kronlandes Galizien vollzog, fällt auf, dass das Nationsbildungskonzept der staatsbildenden Elite ausgesprochen fortschrittlich war und eben nicht auf der Grundlage dieses Gedankens vorgenommen wurde. So ist es bemerkenswert, dass es politische Bemühungen gab sowohl die deutsche, wie auch die jüdische und polnische Minderheit im Entwicklungsprozess zu beteiligen. Diese angedachte Kooperation wäre allerdings immer unter einem ukrainischen Primat umgesetzt worden. Das ukrainische wäre damit das verbindende, integrative und staatstragende Element geblieben, an dem sich die anderen Nationalitäten hätten anlehnen müssen.

¹⁰⁷ An dieser Stelle muss offenbleiben, in wie Fern diese jüdischen Großgrundbesitzer polonisiert waren und daher von der Landbevölkerung ebenfalls als Polen wahrgenommen wurden.

¹⁰⁸ Johann Philipp Schmalenberg: Chronik der Evangelischen Kirchengemeinde Baginsberg-Kolomea (ungebunden), unbekannter Ort unbekanntes Jahr, S. 111-112.

Im Fall der deutschen Minderheit in Ostgalizien fiel diese Politik der Integration verschiedener Nationalitäten in einen ukrainischen Nationalstaat auf fruchtbaren Boden. Dafür waren zwei primäre Faktoren verantwortlich. Zum einen gab es eine relativ große Nähe der Lebenswelten von deutschen und ukrainischen Bauern. Damit konnte man sich leicht auf gemeinsame politische Ziele verständigen. So hätten auch die Deutschen von den angedachten Sozialreformen profitiert. Darüber hinaus war den deutschen Siedlern im Jahr 1918 klar, dass es zwingend zu einer Auseinandersetzung zwischen Polen und Ukrainern um die Herrschaft in Galizien kommen würde. Doch vor allem die Zusicherung die eigene nationale Identität wahren zu können, sowie die Furcht vor einer drohenden polnischen Herrschaft, in der genau dies nicht möglich wäre, machen die Deutschen zu begeisterten Unterstützern der ukrainischen Nationalbewegung in Galizien.

Dementgegen waren die ukrainischen Bemühungen auch die jüdische Bevölkerung für die Partizipation in einem westukrainischen Staat, der weitreichende Minderheiten gewährte, wenig erfolgreich. Obwohl „jüdisch sein“ nicht nur als religiöse, sondern dezidiert als nationale Kategorie von Seiten der Ukrainer verstanden wurde, konnte damit keine breite Mobilisierung der jüdischen Bevölkerung erreicht werden. Aus ihrer Perspektive war eine neutrale Haltung im polnisch-ukrainischen Konflikt naheliegender. Denn die Anerkennung der eigenen Nation durch die ukrainische Fraktion war zwar ein verlockendes Angebot, doch die Instabilität und ungewisse Zukunft des Erfolgs der westukrainischen Nationalisten wogen diesen Vorteil nicht auf. Zudem war die jüdische Bevölkerungsgruppe primär in den Städten der Region vertreten und lebte dort Seite an Seite mit den Polen. Und auch wenn dieses Zusammenleben nicht von übermäßiger Freundschaft geprägt war, wie sich letztlich in den Lemberger Pogromen am 22. und 23. November 1918 offenbarte, so waren doch die Rollen des sozialen Lebens verteilt. Die sozialen Reformen, die der neue ukrainische Staat umsetzen wollte, stellte auch für die Juden einen unsicheren Faktor dar, bildeten sie doch einen Großteil der Mittelschicht. Diese war eng, etwa als Händler, oder als Geldleiher, mit dem Wirtschaftsleben der Bauern verwoben. Zudem gab es zwar einen starken Assimilationsdruck seitens der Polen, der vor allem in Teilen der jüdischen Elite

zu polophilen Tendenzen führte, doch war diese Bewegung nicht derart erfolgreich, dass die jüdische nationale Identität bedroht schien.

Gleichwohl machte das offensive polnische Auftreten in Ostgalizien sie zu direkten Konkurrenten der Ukrainer um die Vorherrschaft in Galizien. Der Kampf um Lemberg, der unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Ukrainer entbrannt war, belastete das ukrainisch-polnische Verhältnis weit über die Existenz der ZUNR hinaus. Er wurde auf beiden Seiten zum Symbol des Anspruchs auf das ostgalizische Territorium und deshalb in die nationalen Narrative beider Seiten eingearbeitet. Doch zwischen Ukrainern und Polen gab es nicht nur Trennendes. Vereinzelt kam es auch zu Kooperationen, allerdings nur in Situationen in denen keine der beiden Seiten in einer überlegenen Position war. Darüber hinaus war das integrative Konzept des westukrainischen Staates grundsätzlich auch für die polnischen Vertreter offen. Inwiefern dieses Angebot, im Anbetracht des schwelenden Konflikts, ernst zu nehmen war, muss unbeantwortet bleiben. Ebenso bleibt fraglich, ob die polnische Seite sich um die Integration in einen ukrainischen Staat bemüht hätten, während parallel dazu ein polnischer Nationalstaat in der Entstehung war.

Damit ist resümierend festzuhalten, dass es starke Tendenzen gab die Inklusion der ukrainischen Nation in einen Staat, ohne die Exklusion der anderen Nationalitäten des Gebiets, zu vollziehen. Diese Bemühungen waren bei den Gruppen der Deutschen, wie auch der Juden deutlich ausgeprägter, als gegenüber der polnischen Bevölkerung. Sie war der bedeutendste Antagonist der Ukrainer um die Vorherrschaft, weshalb mutmaßlich politisches Kalkül für die integrative Politik auszumachen ist. Doch auch wenn die polnische Gruppierung als Bedrohung von den Ukrainern wahrgenommen wurde, waren sie nicht grundsätzlich von einem kooperativen Staatskonzept ausgeschlossen. Diese Zusammenarbeit wurde wohl auch dadurch torpediert, dass die Polen in den Städten die Bevölkerungsmehrheit stellten und damit den Ukrainern in den Zentren überlegen waren, auch wenn nominell mehr Ukrainer in Ostgalizien lebten.

Doch diese zahlenmäßige Überlegenheit der Ukrainer kam nicht zum Tragen, da die Landbevölkerung nicht auf breiter Front in die Auseinandersetzungen eingriff. Der polnisch-ukrainische Konflikt der Jahre 1918 und

1919 spielte sich vorrangig in den Städten an. Die Distanz und der mangelnde Austausch zwischen Stadt und Land traten dabei immer stärker zutage. Letztlich bedingte dies das Scheitern des westukrainischen Vorhabens, da zwar ein elitäres Konzept für einen integrativen Nationalstaat vorhanden war, der überwiegende Teil der eigenen Nation, der auf dem Land lebte, aber augenscheinlich nicht erreicht werden konnte. Damit fehlte die breite Unterstützung die nötig gewesen wäre um sich den polnischen Ambitionen effektiv entgegen zu stellen, weshalb das jüngere der beiden ukrainischen Staatsgebilde der Nachkriegszeit nur ein kurzes Aufflackern autonomer westukrainischer Staatlichkeit bleiben sollte.

5. Quellenverzeichnis

Deutsches Volksblatt für Galizien, 23. Mai 1918, 11. Jahrgang Folge 21

Deutsches Volksblatt für Galizien, 20. Juni 1918, 11. Jahrgang Folge 25.

Deutsches Volksblatt für Galizien, 24. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 43.

Deutsches Volksblatt für Galizien, 31. Oktober 1918, 11. Jahrgang Folge 44.

Schmalenberg, Johann Philipp: Chronik der Evangelischen Kirchengemeinde
Baginsberg-Kolomea (ungebunden), unbekannter Ort unbekanntes Jahr.

Zöckler, Theodor: Brief, 20. Dezember 1918.

Zöckler, Theodor: Brief, 21. April 1919.

6. Literaturverzeichnis

Conrad, Benjamin: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918-1923 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 84), Stuttgart 2014.

Bihl, Wolfdieter: Die Ruthenen, in: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hgg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Die Völker des Reiches Bd. 3,1, Wien 1980, S. 555-584.

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

Kappeler, Andreas: Die ukrainische Nationalbewegung im Russischen Reich und in Galizien. Ein Vergleich, in: Andreas Kappeler (Hg.): Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine (Wiener Archiv für die Geschichte des Slawentums und Osteuropas 20), Wien u.a. 2003, S. 70-87.

Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, 4. Aufl., München u. Bonn 2014.

Lichtblau, Albert: Als hätten wir dazugehört. Österreichisch-Jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburgermonarchie, Wien u.a. 1999.

Röskau-Rydel, Isabel: Galizien (Deutsche Geschichte im Osten Europas 10) Berlin 1999.

Mark, Rudolf A.: Rezension von: Torsten Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin: Weißensee-Verlag 2005, in: sehepunkte 6 (2006), Nr. 2 [15.02.2006], URL: <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2006/02/10367.html>> (01.08.2016).

Mark, Rudolf A.: Revolution und Nationsbildung. Die Ukrainische Volksrepublik 1917-1921, in: Andreas Kappler (Hg.): Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, Köln u.a. 2011, S. 295-308.

Schattkowsky, Ralph: Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Westpreußen und Galizien. Ein Vergleich, in: Ralph Schattkowsky, Michael G. Müller (Hgg.): Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität. Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen

und Galizien am Ende des 19. Und Anfang des 20. Jahrhunderts (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 20), Marburg 2004, S. 29-62.

Struve, Kai: Bauern und Nation in Ostmitteleuropa. Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: Ulrike von Hirschhausen, Jörn Leonhard (Hgg.): Nationalismen in Europa. West und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 347-371.

Struve, Kai: Peasant Emancipation and National Integration. Agrarian Circles, Village Reading Rooms, and Cooperatives in Galicia, in: Torsten Lorenz (H.): Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and early 20th Century (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas 15), Berlin 2006, S. 229-250.

Wehrhahn, Torsten: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 2004.

Zahra, Tara: Imagined Noncommunities: National Indifference as a Category of Analysis, in: Slavic Review Vol. 69, No. 1 (2010), S. 93-119.

7. Versicherung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

Ich erkläre weiterhin, dass ich alles gedanklich, inhaltlich oder wörtlich von anderen (z.B. aus Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Lexika, Internet usw.) Übernommene als solches kenntlich gemacht, d. h. die jeweilige Herkunft im Text oder in den Anmerkungen belegt habe (dies gilt gegebenenfalls auch für Tabellen, Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw.).

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- die nachgewiesene Unterlassung der Herkunftsangabe als versuchte Täuschung bzw. Plagiat („geistiger Diebstahl“) gewertet wird;
- bei Vorliegen eines Plagiats die Arbeit als eine nicht ausreichende Leistung bewertet wird;
- jeder nachgewiesene Plagiatsfall als Ordnungswidrigkeit im Sinne von § 63 Abs. 5 Hochschulfreiheitsgesetz geahndet wird und zudem zur Exmatrikulation führen kann.

Ort, Datum

.....
(Unterschrift)

